

# Eine Lidl-Ansiedlung ist nicht zu verhindern

## Planungsausschuss befasste sich mit Einzelhandel

**him. HOLLENSTEDT.** „Wir können im gleichen Bebauungsplan-Gebiet ‚Hofstetter Berg‘ nicht das eine zulassen und das andere verhindern“, so Hollenstedts Bürgermeister Jürgen Böhme im Umwelt-, Bau- und Planungsausschuss. Diskutiert wurde die Lidl-Bauvoranfrage auf dem Gelände des jetzigen Getränkehandels Sternberg. Ortsplaner Peter Rieckmann aus Stelle bestätigte den Rechtsanspruch des Discounters: „Die Gemeinde hat durch ihre Bauleitplanung dort großflächigen Einzelhandel zugelassen.“ Würde sie eine Ansiedlung untersagen, fehlten ihr die Argumente, da erst im vergangenen Jahr die Erweiterung des Edeka ermöglicht wurde. Um eine Veränderungssperre durchzusetzen, müsste der Bebauungsplan geändert werden, wovon der Ortsplaner warnte. Eine B-Planänderung wurde mit vier Nein- und einer Ja-Stimme sowie zwei Enthaltungen abgelehnt. Ebenso mehrheitlich wurden der Erlass einer Veränderungssperre und die Prüfung weiterer Möglichkeiten abgelehnt.

● Befürwortet wurde ein „vorhabenbezogener Bebauungsplan“ für das Gebiet mit dem Kaufhaus Kück. Die Planungen: Zunächst soll ein größerer „penny“-Markt in Richtung Am Stinnberg gebaut werden. Im zweiten Schritt wird das Kück-Gebäude abgerissen. Grundstückseigentümer Olaf Weber verpflichtet sich, in Richtung Hauptstraße ein Wohn- und Geschäftshaus zu errichten, das zur Bebauung des Umfeldes passt. Nach der öffentlichen Auslegung im Juni könnte der Rat im Juli darüber beschließen.

● Die „GfK GeoMarketing GmbH“ hat im Auftrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Landkreis Harburg 1.003 Haushalte im Landkreis zu ihrem Einkaufsverhalten befragt. Der Ausschuss beriet darüber, ob und welches „Paket“ für ein auf die Gemeinde Hollenstedt zugeschnittenes Konzept bestellt wird. Die Wahl fiel auf die umfangreichste Variante für knapp 6.000 Euro.

● Mehrheitlich wurde der Gründung einer Arbeitsgruppe zugestimmt, die sich Hollenstedts Zukunft befasst. Diese hatten Martina Munz (SPD) und Katrin Munz (Grüne) gefordert.

Nordheide Wochenblatt 16.5.07